



Kooperationsvereinbarung

zwischen

**der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der
Landesregierung
im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport,
vertreten durch den Staatssekretär**

und

**der Stadt Königs Wusterhausen,
vertreten durch den Bürgermeister
Dr. Lutz Franzke**

Präambel

Als Teil des demokratischen Gemeinwesens im Land Brandenburg bekennt sich die Stadt Königs Wusterhausen ausdrücklich zur Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt. Zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger fördert die Stadt Königs Wusterhausen mit ihren Mitteln und Möglichkeiten die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens und unterstützt eine systematische sowie offensive Auseinandersetzung mit Extremismus, insbesondere dem Rechtsextremismus. In den letzten Jahren versuchen verstärkt rechtsextremistische Gruppierungen die Werte der Demokratie in Frage zu stellen und die Verbrechen des Nazi-Regimes zu relativieren. Deshalb engagieren sich zahlreiche Einwohner der Stadt in verschiedenen Initiativen seit Jahren für eine weltoffene, freundliche und tolerante Stadt und soziale Integration aller Bevölkerungsteile. Die Stadt Königs Wusterhausen setzt sich gegen jegliche Form von Diskriminierung ein. Sie solidarisiert sich offen mit den Opfern rechtsextremistischer Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Auf der Grundlage der Verfassung des Landes Brandenburg tritt die Landesregierung dafür ein, dass sich Brandenburg als Land sowohl der Freiheit und Solidarität als auch der lebendigen und starken Demokratie weiterentwickelt. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ bildet dafür den Rahmen: Es verknüpft staatliche und nicht staatliche Möglichkeiten, Rechtsstaat und Bürgergesellschaft und regt damit die Schaffung von breiten Bündnissen aller gesellschaftlichen Gruppen und demokratischen Parteien an.

Die Stadt Königs Wusterhausen unterstützt das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“ der Landesregierung und schließt mit der von ihr für die Umsetzung des Handlungskonzepts eingerichteten Koordinierungsstelle im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport folgende Kooperationsvereinbarung:

1.

Diese Vereinbarung bildet den Rahmen für die Zusammenarbeit der Stadt Königs Wusterhausen mit der Landesregierung, insbesondere mit der von ihr zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ eingerichteten Koordinierungsstelle. Die Zusammenarbeit wird durch Jahresarbeitspläne konkretisiert.

2.

Die Stadt gibt die Inhalte des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg der Landesregierung– für eine starke und lebendige Demokratie – mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ seinen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere jedoch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem

eigenen kommunalen Verantwortungsbereich, in geeigneter Form bekannt. Ein grundsätzliches Ziel ist es, das Handlungskonzept in seinen handlungsrelevanten Abschnitten als zivilgesellschaftlicher ‚Ehrenkodex‘ gerade auch auf kommunaler Ebene zu erschließen.

3.

Auf der Grundlage des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung und des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königs Wusterhausen vom 02.03.2009 „TOLERANT UND COURAGIERT - WIR SIND DABEI! Für ein menschliches, weltoffenes, tolerantes und gewaltfreies Miteinander in Königs Wusterhausen“ entwickelt die Stadt Strategien und Projekte und setzt diese kontinuierlich und engagiert um. Die Koordinierungsstelle und das Mobile Beratungsteam Trebbin beraten und unterstützen bei Bedarf die Stadt Königs Wusterhausen in diesen Bemühungen.

4.

Die Stadt Königs Wusterhausen und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ vereinbaren einen regelmäßigen Informationsaustausch über Aktivitäten, die im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ geplant oder entstanden sind und berücksichtigen diese in ihrer jeweiligen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dafür stellt die Koordinierungsstelle das Logo des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ und andere Materialien zur Verfügung, die in geeigneter Weise von der Stadt eingesetzt werden können.

5.

Einzelne Maßnahmen und Veranstaltungen im Verantwortungsbereich der Stadt Königs Wusterhausen eignen sich in besonderer Weise, zur Stärkung demokratischer Strukturen beizutragen und rechtsextremistische Einflüsse abzuwehren.

Es sind vorwiegend solche Aktivitäten, die folgende Teilziele verwirklichen:

- zivilgesellschaftliches und lokales Engagement stärken;
- bestehende Bündnisse und Netzwerke stärken;
- Trends und Strategien des Rechtsextremismus offen legen;
- Jugend zur Toleranz und Demokratie erziehen;
- neue Lösungsansätze in der Kinder- und Jugendarbeit finden;
- interkulturelle Begegnungen fördern.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ unterstützt und berät die Stadt dazu bei Bedarf.

6.

Die Stadt Königs Wusterhausen kann bei der Koordinierungsstelle im Rahmen des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" die Förderung von Einzelmaßnahmen beantragen. Eine Förderung ist nur unter dem Vorbehalt dafür vorgesehener Haushaltsmittel möglich.

7.

Diese Kooperationsvereinbarung wird auf unbestimmte Dauer geschlossen; sie kann jedoch von beiden Partnern jederzeit mit einer Frist von 3 Monaten gekündigt werden. Dazu bedarf es der Schriftform.

Königs Wusterhausen, den _____.____.2010

Burkhard Jungkamp,
Staatssekretär im Ministerium
für Bildung, Jugend und Sport
des Landes Brandenburg

Dr. Lutz Franzke
Bürgermeister der Stadt
Königs Wusterhausen